



EURAC und Fatal Transactions fordern von der EU verstärktes Engagement zu Konfliktmineralien

Deutsche Fassung der englischen Stellungnahme vom 27. April 2011

Im Juli 2010 wurde der Dodd Frank Act, der Bestimmungen zu „Konfliktmineralien“ aus der Region der Großen Seen enthält, vom US Congress verabschiedet. Schon über zehn Jahre vorher hatte der UN Sicherheitsrat zum ersten Mal seine Bedenken über die Verbindung zwischen dem Abbau von Mineralien und Konflikten in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) geäußert. In der Zwischenzeit haben Dutzende Berichte der UN Group of Experts und anderen die Rolle natürlicher Ressourcen im Konflikt im Osten der DR Kongo dokumentiert.

Nach wie vor kontrollieren verschiedene bewaffnete Gruppen, einschließlich der kongolesischen Armee (FARDC) mit Nachbarländern und vielen wirtschaftlichen Akteuren weltweit als Komplizen den Abbau und Handel von Mineralien - Cassiterit, Wolframit, Coltan und Gold - in Teilen der Provinzen Nord- und Süd-Kivu, Maniema, Katanga und Orientale,. Dieser über die Grenzen von der DR Kongo hinausgehende Prozess erschwert die Bemühungen um Frieden wie auch um eine Reform des Sicherheitssektors im Osten des Landes.

Die Antwort der EU muss gleichzeitig entschieden und sorgfältig ausgearbeitet sein. Europäische Unternehmen können nicht willkürlich Mineralien importieren, deren Abbau und Handel entweder zu Konflikten, Instabilität und Unsicherheit beitragen oder davon profitieren.

Gleichzeitig muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Kleinbergbau derzeit den Lebensunterhalt von Millionen Kongolesen sichert und, falls die Bemühungen einer Formalisierung des Sektors erfolgreich sind, eine Gelegenheit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region bietet. Das Ziel einer EU-Politik darf kein Embargo kongolesischer Mineralien sein, sondern die Schaffung von Anreizen für den legalen, formalisierten Handel unter der Kontrolle von zivilen Behörden.

EURAC- und Fatal Transactions-Mitglieder verfolgen zusammen mit kongolesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen seit vielen Jahren die Entwicklungen im Kleinbergbau im Osten der DR Kongo.

EURAC und Fatal Transactions sind fest davon überzeugt, dass EU-Institutionen und -Mitgliedsstaaten ihre Bemühungen um Transparenz und gute Regierungsführung im Kleinbergbau im Osten der DR Kongo intensivieren müssen. Auf verschiedenen Ebenen muss gehandelt werden: EU-Unternehmen, die mit bestimmten Mineralien handeln, müssen angehalten werden, ihre unternehmerische Sorgfaltspflicht (*due diligence*) zu erfüllen; Zertifizierungs- und Kartierungsbemühungen vor Ort müssen unterstützt wie auch die Kapazitäten des kongolesischen Staates in der Verwaltung des Bergbausektors gestärkt werden. Schließlich gilt es Programme zum Ausbau der sozioökonomischen Vorteile des Bergbaus auf Gemeindeebene zu stärken.

EURAC und Fatal Transactions legen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten folgende Maßnahmen dringend nahe:

- Wie von der Resolution 1952 des UN Sicherheitsrats verlangt, sollte die EU Gesetze erlassen, die europäische Firmen, die mit Cassiterit, Wolframit, Coltan und Gold oder ihren Derivaten handeln oder sie verwenden, verpflichten, ihre Sorgfaltspflichten (*Due Diligence*) zu erfüllen: Bericht zu erstatten, wie sie die Herkunftsmine identifizieren und sicherstellen, dass keine bewaffnete Gruppe – einschließlich des kongolesischen Militärs – vom Export der Mineralien profitiert.

Ein solches Gesetz könnte im Rahmen der ordentlichen Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union im Sinne der *Section 1502* des Dodd/Frank Act erlassen werden und sollte sich in Einklang mit der OECD „Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-affected and High-risk Areas“ befinden. Jüngst ergriffene EU-Maßnahmen, die den illegalen Holzeinschlag betreffen (Bestimmung 995/2010), bieten einen nützlichen Präzedenzfall für eine EU-weite Bestimmung über einzuhaltende Sorgfaltspflichten von europäischen Unternehmen. Die EU sollte wichtige Interessenvertreter aus der DR Kongo mit in den Gesetzgebungsprozess einbeziehen, um jedwede negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die lokalen Gemeinschaften zu vermeiden.

- Die EU sollte die OECD “Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-affected and High-risk Areas” als Berichtsstandard in die europäische Gesetzgebung übernehmen. Sie sollte ebenfalls die OECD in ihren jüngsten Bemühungen unterstützen, diese unter den betroffenen Akteuren bekannt zu machen und ihre Implementierung auf allen Ebenen zu forcieren.
- Die EU sollte Zertifizierungsbemühungen unterstützen, die innerhalb der DR Kongo und Umgebung entwickelt werden. Ein Zertifizierungssystem ist eine wichtige Ergänzung zu gesetzgebenden Initiativen, da es die Bemühungen der Unternehmen um Informationsoffenlegung erleichtern und einen klar erkennbaren legalen Handelskreislauf schaffen kann. Dennoch hängt der Erfolg jedes Zertifizierungssystems von der Bereitschaft und der Fähigkeit ab, es überall und konsequent vor Ort anzuwenden.

Derzeit entwickelt die Internationale Konferenz „Große Seen“ (ICGLR) federführend eine die gesamte Region umfassende Initiative zur Zertifizierung und Verfolgung von Im- und Exporten bestimmter Materialien, was zur Verringerung des Schmuggels beitragen könnte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sowohl politisch wie auch finanziell ihr Engagement verstärken um sicherzustellen, dass ausreichende Kapazitäten zur Einführung des ICGLR-Systems vor Ort vorhanden sind. Für einen holistischen und kohärenten Ansatz sollten die die EU und andere Geber zur Teilnahme an und zur Harmonisierung von existierenden Initiativen ermutigen. Die ICGLR sollte unterstützt werden, ihr Zertifizierungssystem auch außerhalb der Region bekanntzumachen, damit es als Mittel akzeptiert wird, die Vorschriften zur unternehmerischen Berichterstattung zu erfüllen, die gemäß nationaler Gesetzgebung außerhalb der Region (z.B. Dodd-Frank-Act) gelten.

Das iTCSi-System und das konfliktfreie Hüttenprogramm der Electronic Industry Citizenship Coalition (EICC) und der Global e-Sustainability Initiative (GeSI) sind wichtige von der Industrie betriebene Initiativen, während die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie GIZ ein Zertifizierungssystem im Rahmen einer bilateralen Vereinbarung zwischen Deutschland und der DR Kongo einführen. All diese Initiativen sollten dringend die OECD Richtlinien annehmen und einführen sowie sich unter das ICGLR Zertifizierungssystem einordnen. Weiterverarbeitende

Unternehmen sollten ermutigt werden, die Initiativen der Bergbauindustrie finanziell zu unterstützen.

- Die EU sollten der UN Mission im Kongo (MONUSCO) dringend nahelegen, mit der Errichtung von *Centres de Negoce*s zum überwachten Handel von Mineralien voranzukommen.
- Europäische Geber sollten die kongolesischen Bemühungen unterstützen, den Kleinbergbausektor zu formalisieren, eigene Bergbaugesetze vollständig umzusetzen und Kapazitäten zum effektiven Management des Bergbausektors vor Ort zu verstärken. Dies beinhaltet Trainingsmaßnahmen wie auch die Aufstockung des Aufsichtspersonals und die Sicherstellung angemessener und regelmäßiger Löhne. Auch sollte die EU alles daran setzen, das PROMINES Programm der Weltbank, das aufgrund einer größeren Kontroverse zwischen der Bank und der kongolesischen Regierung schon seit geraumer Zeit auf Eis liegt, so schnell wie möglich umzusetzen.
- Zusammen mit anderen Akteuren sollte die EU einen Mechanismus unterstützen, durch den Dritte eine regelmäßige Kartierung von Minen im Osten der DR Kongo durchführen sowie die Bemühungen der Industrie um Einhaltung ihrer Sorgfaltspflichten beurteilen können. Langfristig sollte dieser Mechanismus auf kongolesische Institutionen übergehen und von ihnen geleitet werden. Diese Institutionen sollten von Anfang an eine aktive Rolle einnehmen.
- Europäische Regierungen müssen Kinshasa davon überzeugen, dass bewaffnete Akteure in den Minen im Osten fehl am Platze sind. Eine Entmilitarisierung von Minengebieten wie Bisie und Omate wäre ein großer Schritt nach vorne.
- Ein verstärktes EU Engagement für das Thema Konfliktmineralien sollte jedoch nicht die anderen Ursachen für die Fortführung des Konflikts in der DR Kongo aus den Augen verlieren. Hierzu gehören die politische Lage in den Nachbarstaaten, die Demobilisierung ehemaliger Kämpfer, Flüchtlings- und Landprobleme, die Reform des Sicherheitssektors sowie der Umgang mit Straflosigkeit. Die EU sollte einen neuen Besonderen Vertreter für die Region der Großen Seen ernennen, dessen Mandat beinhalten sollte, die europäischen Antworten auf das Problem der Konfliktmineralien zu koordinieren.

Weitere Informationen:

Kris Berwouts

Director EURAC

Rue des Tanneurs, 165 B - 1000 Brussels, Belgium

Tel: +32 (0)2 213 04 000

Mobile: +32 485 070852

@: kris.berwouts@eurac-network.org

www.eurac-network.org

Marie Müller

International Coordinator Fatal Transactions

Tel.: +49 (0)228 91196-64

@: ft@bicc.de

www.fataltransactions.org



ist das europäische Netzwerk von NROs, die in Zentralafrika tätig sind. Es besteht aus 49 Mitgliedsorganisationen aus 13 europäischen Ländern.



ist eine europäische Kampagne für Rohstoffgerechtigkeit, an der ein Duzend europäische Forschungsinstitute und NROs beteiligt sind.